

Trends

Währungsturbulenzen Zu schnell zu viel

Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat aus der mexikanischen Peso-Krise gelernt und deshalb rasch reagiert, als der thailändische Baht und in der Folge auch andere Währungen in Turbulenzen gerieten («Domino-Effekt»). Die umfassende Finanzhilfe einzelner Staaten wie Japans und internationaler Institutionen wie der Weltbank wurde an Auflagen gebunden, deren Einhaltung für eine Rückkehr zum Gleichgewichtspfad sorgen soll.

Diese Entwicklung ist Ausdruck der Tatsache, daß sog. »emerging countries« oft zu schnell zu viel erreichen wollen. Sie »produzieren« Wachstum in hohen Raten und verschulden sich dafür im Ausland. Das Zinsniveau steigt und lockt neben Investoren auch Geldanleger an. Der Devisenabfluß beraubt die Währung schließlich ihres Schutzes vor spekulativen Angriffen, Finanzanlagen werden abgezogen, und der Wechsel auf die Zukunft droht zu platzen.

Das verbesserte internationale Berichtswesen und die verschärfte Beobachtung durch den IWF lassen erkennen, daß auch von anderen aufstrebenden Ländern Gefahren drohen, vor allem solchen in Osteuropa und Lateinamerika.

Die global fluktuierenden Finanzvolumina werden in solchen Situationen immer wieder in den Schutz einer starken Währung dirigiert und stärken sie dadurch zugleich, wie an der Entwicklung der Dollarkurse abgelesen werden kann.

WTO

Mehr Sicherheit, mehr Freiheit

In der Welthandelsorganisation prallen die gegensätzlichen Interessen der global tätigen Marktteilnehmer in konzentrierter Form aufeinander. Aktuell angemahnte Regelwerke stehen, so gesehen, für Übereinkommen, die in der Vergangenheit nicht von ausreichenden Mehrheiten unterstützt worden sind. Erschwerend kommt hinzu, daß die politischen Willensbildungsprozesse in Europa ungleich komplizierter und langwieriger ablaufen als in den USA.

Das internationale Abkommen zum Schutz ausländischer Direktinvestitionen nach weltweit einheitlichen Regeln scheiterte in der Vergangenheit, wird also folgerichtig erneut auf die Tagesordnung für 1998 gesetzt. Das Abkommen soll dafür sorgen, daß einheimische und fremde Investoren in den Signatarstaaten nach gleichen Regeln handeln können. Über die bloße Zulässigkeit hinaus wird der Verzicht auf Beschränkungen von Eigentums-

rechten sowie von Behinderungen bei Finanzmarkttransaktionen bis hin zur Börsenzulassung gefordert.

Die außerdem geforderte Liberalisierung der Finanzmärkte ist das fehlende Glied einer Kette von Liberalisierungen, die bei Waren begann und inzwischen die meisten Dienstleistungen einschließt. Es geht um nicht weniger als die Eröffnung eines fairen, weltweiten Wettbewerbs von Banken, Versicherungsunternehmen, Wertpapierfirmen und anderer Finanzdienstleister.

Die WTO ist dabei in keiner beneidenswerten Situation, denn sie muß den ebenso schwierigen wie notwendigen Interessenausgleich in möglichst kurzer Zeit schaffen, sonst läuft sie Gefahr, Regelungskompetenz zu verlieren, die durch bi- und multilaterale Abkommen unterhalb der WTO-Ebene erodiert würde.

Internet

Elektronische Freihandelszone

Das Internet ist wie die Welt nochmal: Es bietet Chancen und birgt Risiken, beflügelt die Phantasie von Geschäftsleuten, Behörden und Verbrechern, aber – und das ist neu – es zwingt auch Anarchisten ins technische Protokoll und entzieht sich der Regelungswut standortgebundener Politiker.

Die Fachminister aus 29 europäischen Ländern, dazu Japans, Kanadas und der USA sowie der zuständige EU-Kommissar trafen sich im August – einem Vorschlag des amerikanischen Präsidenten folgend – zu einer Konferenz »Globale Informationsnetze: die Chance nutzen« und verabschiedeten die »Bonner

Erklärung«. Sie ist der unverbindliche Ausdruck der gemeinsamen Überzeugung, daß es neue Steuern und Zölle zunächst nicht geben soll, ein Mindestmaß an Regeln aber gleichwohl sein müsse. Die Unternehmen sollen die Erklärung als Signal verstehen, daß ihnen das Netz Chancen biete, die sie nun aber auch ergreifen sollen (gerechnet wird in den Prognosen nach Milliarden \$).

Vorbereitend war in Deutschland einen Monat zuvor das Multimediasgesetz beschlossen worden, das Rechtssicherheit bei elektronischen Bestellungen schaffen soll. Eine nach höchsten kryptologischen Standards abgesicherte digitale Unterschrift soll die Basis dafür darstellen. – Aus den USA kam die Nachricht, daß die Administration des amerikanischen Teils des Internet, die insbesondere zuständig ist für die Vergabe von Teilnehmer-Adressen (Domain-Namen), privatisiert werden soll.

Nicht nur im Kreis der Teilnehmer beherrschen weitere mit dem Netzwerk verbundene Probleme die aktuelle Diskussion, darunter: Jugendschutz und Verbrechensbekämpfung, nationale Sicherheit und ideologische Infiltration, Vorbehalte hinsichtlich Entschlüsselungsverfahren bei der Strafverfolgung und zur Abschaltung bzw. massiven Störung des Netzes als Option der Landesverteidigung, nicht zuletzt auch Vorsorge gegen eine Erosion der Besteuerungsbasis: alte Sorgen in neuen Medien, reale Probleme in virtuellen Umgebungen, eben – die Welt nochmal.

IWF

Gute Worte

Eingeschränktes Lob (insbesondere für die Geldpolitik der Bundesbank), Mahnungen und Fingerzeige – gute Worte richtete der Internationale Währungsfonds zum Abschluß seiner satzungsmäßig vorzunehmenden jährlichen Konsultationen an die Adresse der politisch Verantwortlichen in Deutschland. Bestünde das Problem darin, die Ziele zu erkennen, so wäre es beinahe gelöst: flexible Arbeitsmärkte, einfache Steuersysteme mit weniger Schlupflöchern und breiterer Basis, zeitgemäße Systeme der sozialen Sicherung – diese und andere Schlagwörter beherrschen längst auch die heimische Diskussion.

Zum Teil fehlt es aber an der Regelungskompetenz, zum Teil an den benötigten Mehrheiten, nicht selten auch an der Bereitschaft, das Gemeinwohl über die Gruppeninteressen zu stellen. Auch das ist nicht neu. Schuldzuweisungen an die Adresse von Tarif- oder politischen Parteien helfen ebenso wenig weiter wie Versuche, die Globalisierung, den Werteverlust und andere nicht anfaßbare Phänomene zur Erklärung heranzuziehen.

Der IWF bringt überraschend deutlich zum Ausdruck, daß seiner Ansicht nach die *ernstzunehmende strukturelle Unbeweglichkeit* zu einer zunehmend langsameren Erholung in den ökonomischen Zyklen – speziell auf dem Arbeitsmarkt – während der letzten drei Jahrzehnte beigetragen hat.

Was hier unausgesprochen zur Diskussion gestellt wird, ist im Grunde das Modell der sozialen Marktwirtschaft, nicht so sehr sein Grundgedanke, wohl aber die in der Vergangenheit bevorzugte Anknüpfung wesentlicher sozialer Leistungselemente an die Arbeitsverhältnisse. Dieses Modell eines wirtschaftlich erfolgreichen und dabei sozial konfliktarmen Zusammenlebens beruht nicht zuletzt auf impliziten Voraussetzungen, deren Wandel in seinen Konsequenzen auf das Modell selber oft erst mit Verzögerung wahrgenommen wird.

Der Wandel im Bevölkerungsaufbau, dazu die deutsche Vereinigung, haben sicherlich Langzeitauswirkungen. Die Wandel, welche diesem Modell aktuell das Fundament zu entziehen droht, ist gerade von deutscher Seite nachhaltig betrieben worden: die Öffnung der Märkte, der zunehmende Verzicht auf Zölle und andere Handelshemmnisse, der Zusammenschluß zu übernationalen Gemeinschaften.

Diese Entwicklung der Welthandelsordnung ist gleichwohl zu begrüßen, gerade aus deutscher Sicht. Und die deutschen Unternehmen bestehen ja auch recht gut im internationalen Wettbewerb, wie kürzlich die OECD hervorhob. Was fehlt, ist die »Rückkopplung«. Die deutsche Wirtschaftsordnung in ihrer charakteristischen Verzahnung von ökonomischen und sozialen Elementen ist in einer Welt, der solche Konstellationen überwiegend fremd sind, nicht mehr konkurrenzfähig genug. Dieses Problem ist standortgebunden.

Schwarzarbeit

Zwischen Kriminalität und Selbsthilfe

Früher scheuten nur Verbrecher das Licht der Öffentlichkeit. Der heute gebräuchliche Begriff Schattenwirtschaft dagegen umfaßt zusätzlich Bereiche, die durch eingeschränkte Legalität (in der Regel ohne gesellschaftlichen Ausschluß der Handelnden) bzw. fehlende gesellschaftliche Anerkennung gekennzeichnet sind.

Der Begriff stammt aus der Statistik und bezeichnet statistisch nicht erfaßbare Vorgänge von der Hausarbeit und der Selbsthilfe (*do it yourself*) über die Nachbarschaftshilfe, den Tauschhandel und Arbeiten ohne Rechnung bis hin zu kriminellm Handeln. Verläßliche Zahlen liegen naturgemäß nicht vor, man muß sich mit Schätzungen begnügen.

Das Institut der deutschen Wirtschaft in Köln schätzt den Beitrag allein der Schwarzarbeit im laufenden Jahr auf rund 550 Mrd. DM – das sind 15 % des Bruttoinlandsproduktes. Im Jahr 1975 wurde der Anteil erst auf 6 % geschätzt. Während die absoluten Zahlen schwer zu interpretieren sind, wird die Entwicklung recht eindeutig erklärt.

Ein durchschnittlich verdienender Arbeitnehmer in Westdeutschland hatte 1996 bei einem Bruttoeinkommen von 4.300 DM netto 2.750 DM zur Verfügung – das betrifft die Angebotsseite (in Verbindung mit der allgemeinen Arbeitszeitverkürzung). Ein Bauherr zahlt für eine Maurerstunde 81 DM, der Maurer verdient davon netto 12 DM – das betrifft die Nachfrageseite der Schwarzarbeit.

Es ist die Last der direkten Steuern und Sozialabgaben (in Verbindung mit dem komplizierten Steuersystem, dessen Gestaltungsmöglichkeiten von Kleinverdienern praktisch nicht zu nutzen sind), welche als drückend empfunden wird und daher bei Nebentätigkeiten zu Vermeidungen führt. Die indirekten Steuern (insbesondere die Mehrwertsteuer) sind davon weniger betroffen. Berechnungen über entgangene öffentliche Einnahmen haftet allerdings stets etwas Irreales an, denn vielfach ist die einzige Alternative zur Schwarzarbeit der Verzicht auf solche Arbeiten.

Hermes-Bürgschaften

Wachsende Nachfrage

Die staatlichen Ausfuhrbürgschaften sind in den letzten Jahren von einem Instrument der Exportförderung zu einem Instrument des Risikoausgleichs ohne nennenswerten Zuschußbedarf entwickelt worden.

Die Bilanz für das erste Halbjahr 1997 weist mit Auftragswerten in Höhe von 14,9 Mrd. DM eine Steigerung um 14,4 % auf. Die höchsten Anteile am Neugeschäft (ein wichtiger Indikator für den Wandel in den Außenwirtschaftsbeziehungen) hatten die Türkei (mit 1,4 Mrd. DM), Rußland (1,1 Mrd. DM), Brasilien und Thailand (je 1 Mrd. DM) sowie Indonesien (800 Mio. DM). Drei Viertel des Volumens wurden von kleinen und mittleren Unternehmen in Anspruch genommen.

Unter Berücksichtigung aller Einnahmen (einschließlich der Zinseinnahmen aus Umschuldungsabkommen), so stellt das

Bundeswirtschaftsministerium in einer ergänzenden Betrachtung fest, sei ein Überschuß in Höhe von 830 Mio. DM erzielt worden.

Exportserfolge

Gute Leistung unzureichend

Im verblasenden Schein der deutschen Wirtschaft sind die Exportserfolge ein letzter auffälliger Glanzpunkt. Nach guten Ergebnissen im letzten Jahr, werden für das laufende Jahr – erstmals seit der deutschen Vereinigung – wieder Exportüberschüsse von mehr als 100 Mrd. DM erwartet. Das Institut der deutschen Wirtschaft in Köln setzt diese Erfolge in Beziehung zu anderen Größen, um die deutsche Position im Weltmarkt deutlicher herauszuarbeiten.

Der deutsche Anteil an den Weltexporten sank von 1990 bis 1996 um 2,3 Prozentpunkte auf 9,9 %. Das reicht immer noch für den zweiten Platz nach den USA und vor Japan.

Betrachtet man nur die Märkte, in die deutsche Güter exportiert werden, und vergleicht die Entwicklung dieser Märkte mit der Entwicklung der deutschen Exporte, so ergibt sich für 1996 (seit 1985 erstmals) eine positive »Export-Performance«, denn die Märkte nahmen um 7 % zu, die deutschen Exporte aber wuchsen dynamischer, nämlich um 8 %.

Eine dritte Betrachtung rückt den Rang Deutschlands als Herkunftsland im Verhältnis zu den Einfuhren eines Landes insgesamt in den Mittelpunkt. In 15 von 27 untersuchten Ländern kam Deutschland noch auf den ersten Rang. Im Vergleich zum Jahr

1990 bedeutet das: 9 verlorene erste Plätze, 10 weitere Länder, in denen der Anteil sank, nur 7, in denen er stieg.

Für fatal hält das Institut der deutschen Wirtschaft die Tatsache, daß der deutsche Anteil in Südostasien, der Wachstumsregion Nr. 1, mit 7 % weit unter dem Anteil am Welthandel insgesamt liegt.

Europäische Union

»Agenda 2000«

EU-Reform mit vielen Fragezeichen

Die Erweiterung der Gemeinschaft nach Osten, der Umbau des aufgeblähten und teuren Apparates, die Neuausrichtung ihrer zentralen Politiken – es ist nicht gerade wenig, was die EU unter dem Namen »Agenda 2000« an Analysen und Vorschlägen vorgelegt hat zu Themen, welche die Reform in den Jahren 2000 bis 2006 (dem nächsten Planungszeitraum des EU-Haushaltes) bestimmen sollen. Die institutionellen Reformen sind seit Amsterdam einstweilen verschoben.

Für Strukturvorhaben werden 272,9 Mrd. Ecu gefordert (wie bisher 0,46 % des BIP) – eine Aussage über das leitende Ziel der Strukturpolitik aber fehlt. Der EU-Haushalt insgesamt soll auf 1,27 % des gemeinsamen Bruttoinlandsproduktes beschränkt bleiben (derzeitige Ausschöpfung 1,24 %), ohne daß der verstärkten Förderung der »Kohäsion« genannten Vorbereitung der osteuropäischen Länder auf den EU-Beitritt ein Verzicht auf einen

Teil der bisher geübten Förderung entgegenstünde. Nettoempfänger wie Spanien regen deshalb an, die Beitragsgrenze zu erhöhen, Nettozahler wie Deutschland wehren sich vehement gegen höhere Beiträge.

Der deutsche Beitrag bleibt selbst dann umstritten, wenn die Bemessungsgrenze nicht verändert wird. Die deutsche Nettoleistung betrug 1996 trotz der Förderung der neuen Länder und Berlins 22,5 Mrd. DM, von 1991 bis 1996 zusammengerechnet etwa 140 Mrd. DM. Kritik wird in Deutschland weniger an der Höhe der Bruttoleistung geübt als an den geringen Rückflüssen. Frankreich beispielsweise leistet einen geringen Nettobeitrag in der Größenordnung von 1 Mrd. jährlich – allein aufgrund des höheren Anteils seiner Landwirtschaft am BIP. So erweist sich die von Brüssel verweigerte Beitragsdiskussion als Teil der Diskussion über die Reform der Strukturpolitik.

Osterweiterung

Offene Arme, leere Kassen

Die Erweiterung der EU um (zunächst einige) mittel-/osteuropäische Länder ist sicherlich nicht allein unter Kostengesichtspunkten zu beurteilen. Die finanziellen Folgen zu überschlagen, bevor Beschlüsse gefaßt werden, ist gleichwohl unerlässlich – nur nicht ganz einfach.

Die herkömmlichen Rechenwerke erlauben es nicht, Kosten und Nutzen der Erweiterung hinreichend genau zu kalkulieren. (Dieser Mangel als solcher ist allerdings gewollt, wie die Diskus-

sion um »gerechte Beiträge« für Nettozahler zeigt.) Beitritt ja oder nein, wenn ja: wann, zu welchen Bedingungen und mit welchen Übergangsfristen? – das sind Fragen, die nicht in der nachgeordneten finanziellen, sondern ausschließlich in der politischen Sphäre beantwortet werden können.

Hinter den Berechnungen, die von verschiedenen Seiten angestellt worden sind, verbergen sich denn auch in erster Linie politische Ziele. Schon jetzt sind die ärmeren Länder an der Grenze zur Sperrminorität, nach weiteren Beitritten hätten sie sie erreicht, freilich ohne deshalb gleich solidarisch sein zu müssen. Die Verschiebung der Beitritte würde »Opportunitätskosten« bewirken, vor allem durch Zunahme politischer Instabilität und Kriminalität, die nicht gewollt sein können. Die historisch-politische Situation, moralische Verpflichtungen, Bündnisdenken und andere Aspekte außerhalb der Kostenrechnung lassen ein Nein ohnehin nicht zu, allenfalls eine zeitlich gestreckte Aufnahme.

Das Entstehen einer Panamerikanischen Freihandelszone, die Ausweitung der ASEAN (die nicht in alle Zukunft gegen China gerichtet bleiben muß) und anderer Gruppierungen würden eine kleineuropäische Lösung ohnehin disqualifizieren für einen globalen Wettbewerb, der seine volle Stärke noch nicht erreicht hat.

Nordamerika

USA

Praxis läßt Lehrbücher alt aussehen

Der erste Rechenschaftsbericht der amerikanischen Regierung zum Thema NAFTA, dreieinhalb Jahre nach Gründung der nord-amerikanischen Freihandelszone vorgelegt, ist weniger eine Bilanz als vielmehr eine politisch motivierte Parlamentsvorlage mit dem Ziel, der Regierung ein Mandat für die Aushandlung weiterer Freihandelsabkommen zu verschaffen. Zur Bilanz fehlen die Auswirkungen der Peso-Krise ebenso wie eine realistische Abschätzung der Folgen, die auf den nationalen Arbeitsmärkten eingetreten sind. Ganz zu schweigen von einer »Bilanz des Nutzens für alle amerikanischen Bürger« – die ja auch in Kanada und Mexiko engagiert sind, deren Auslandserfolge in den Statistiken deshalb zum Teil unter falschen Flaggen segeln.

Seit Inkrafttreten des NAFTA-Abkommens ist der Handel mit Kanada und Mexiko um 44 % gewachsen, mit dem Rest der Welt dagegen nur um 33 %. Explodiert allerdings sind die amerikanischen Exportdefizite gegenüber den Nachbarstaaten von 4,5 auf rund 40 Mrd. \$ im vergangenen Jahr.

Die auch insgesamt passive Leistungsbilanz ist zur Zeit der einzige Makel der amerikanischen Konjunktur. Die Inflationsrate liegt stabil zwischen 2,2 und 3 %. Die hohe private Verschuldung, eine risikobehaftete Konjunkturstütze, wird zunehmend durch Immobilienbesitz abgesichert (Zusatzkredite zu den klassischen

Hypothekarkrediten). Die Gesamtkonstellation der amerikanischen Konjunkturdaten und ihrer Veränderungen in den neunziger Jahren lassen sich durch herkömmliche ökonomische Modelle jedenfalls nicht mehr erklären. Die Praxis läuft (wieder einmal) der Theorie davon. Jüngstes Beispiel sind die (allerdings bescheidenen) Erfolge bei dem Versuch, die Handelsbilanzdefizite trotz Dollarstärke zu verringern.

Am amerikanischen Importvolumen von rund 800 Mrd. \$ ist die deutsche Wirtschaft mit knapp 39 Mrd. \$ beteiligt – bei Exporten von lediglich 23,5 Mrd. \$. Beide Werte nehmen derzeit weiter zu. Trotz regionaler Verschiebungen in den Weltmärkten bleibt der amerikanische Markt auch das größte Zielland für deutsche Direktinvestitionen. 1995 waren es knapp 48 Mrd. \$, 1996 zwar (aufgrund der deutschen Konjunkturschwäche) nur noch 8,8 Mrd. \$, aber immerhin noch mehr, als in jedes andere Land flossen.

Kanada

Straffe Globalsteuerung

Kanadas Wirtschaft prosperiert. Sie behauptet sich gegen die Wirtschaft des mächtigen Nachbarn USA, aber auch auf dem übrigen Weltmarkt. Die Entwicklung in den letzten Jahren zeigt deutlich, daß dieses Ergebnis nicht allein auf dem freien Spiel der Kräfte des Marktes beruht, sondern vor allem auf einer konsequent verfolgten Politik der Standortsicherung.

Der leichten Wachstumsabschwächung auf 1,7 % im letzten Jahr gegenüber 2 % im Jahr 1995 dürfte in diesem Jahr eine Zunahme auf rund 3,5 % folgen. Die Bank of Canada ist offenbar entschlossen, ihre Niedrigzinspolitik noch eine Zeitlang durchzuhalten. Im Inland stützt sie damit vor allem die Immobilien- und die Baubranche, die sich zu einer wesentlichen Stütze der Verbrauchernachfrage entwickelt haben. Die Außenwirtschaft profitiert von einem Wechselkurs, der unter der Kaufkraftparität liegt.

Der Staat leistet mit seiner Sparpolitik, die in naher Zukunft selbst Haushaltsüberschüsse nicht ausschließt, einen wesentlichen Beitrag zur aktuellen Entwicklung. Zugleich profitiert er von der Zinspolitik, indem diese die Zinslast auf die enormen Auslandsschulden herabdrückt. Die weiterhin passive Leistungsbilanz und die nicht verringerte Abhängigkeit vom US-amerikanischen Markt stellen denn auch die größten Probleme der kanadischen Außenwirtschaft dar.

Die Arbeitslosenrate liegt trotz des nun schon jahrelang anhaltenden Aufschwungs nahezu unverändert bei knapp 10 %. Sie sorgt für eine maßvolle Lohnpolitik der Gewerkschaften, die gleichwohl keine zusätzlichen Arbeitsplätze schafft. Neben den Arbeitslosen und den sozial Schwachen hat die NAFTA jüngst einen weiteren Verlierer ausgemacht: die Umwelt. Die Umweltbelastung durch einen kanadischen Betrieb ist weit mehr als doppelt so hoch wie diejenige durch einen US-Betrieb. Konzentriert sind diese Probleme in der Industrieprovinz Ontario. Die Um-

weltindustrie hat, so gesehen, gute Chancen, die kanadische Konjunktur in den nächsten Jahren zu stärken.

Mexiko

Defizite im Umweltschutz

In Mexiko lebt der alte Schein-Antagonismus zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und Umweltschutz noch fort. Der Zusammenschluß Kanadas, der USA und Mexikos zur NAFTA allerdings diente nicht zuletzt der Vereinheitlichung von Standards der industriellen Produktion – ausdrücklich auch der unterschiedlichen, zum Teil ganz fehlenden Umweltstandards –, um Preisvorteile aufgrund mangelnden Umweltschutzes zum Verschwinden zu bringen. In der jüngsten Umweltstudie der NAFTA taucht Mexiko nur deshalb nicht in (negativen) Spitzenpositionen auf, weil die Qualität der statistischen Angaben Vergleichbarkeit ausschließt.

Inzwischen findet die Umweltbranche selber mehr und mehr Anerkennung im Land. Eine staatliche Studie weist aus, daß ihr Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt in den nächsten 15 Jahren etwa verdreifacht werden dürfte. Ein großer Teil der notwendigen Investitionen entfällt auf Industriebetriebe, ein kleinerer auf kommunale und nationale Infrastruktureinrichtungen, so daß die finanziellen Anstrengungen auf viele Schultern verteilt werden können. Nachholbedarf haben insbesondere die chemische und die Kfz-Industrie. Im öffentlichen Sektor sind es Wasser- und Abwasser- sowie Abfallwirtschaft.

Lateinamerika

Mittelamerika

Wirtschaftsgemeinschaft geplant

Die Panamerikanische Freihandelszone soll durch den Zusammenschluß regionaler Gemeinschaften entstehen. Von der NAFTA im Norden bis zum MERCOSUR im Süden haben sich deshalb Staaten zu kleineren und größeren, mehr oder weniger erfolgreichen Gemeinschaften zusammengefunden. Zwischen Mexiko und Kolumbien herrscht bisher ein Vakuum.

Jetzt haben die Staatspräsidenten von Guatemala, Honduras, El Salvador, Nicaragua und Costa Rica die Bildung einer mittelamerikanischen Gemeinschaft beschlossen, an der auch Belize, Panama und die Dominikanische Republik beteiligt werden sollen. Vorbild für das geplante Zusammengehen in Wirtschaft und Politik ist die Europäische Union.

Peru

Rückkehr in die Andengemeinschaft

Die Andengemeinschaft, gebildet von Bolivien, Ecuador, Kolumbien, Peru und Venezuela, ist bisher wenig erfolgreich. Peru wollte sie verlassen, hat aber nun doch noch Bedingungen ausgehandelt, die dem Land das Verbleiben ermöglichen. Die gemeinsame Zollpolitik soll nun mit einer Übergangsfrist bis 2005 verwirklicht werden.

Peru setzte ferner seinen Anspruch durch, Freihandelsabkommen nicht nur in der Gemeinschaft, sondern auch individuell abschließen zu können. Die Probleme des Landes sind dadurch ebensowenig behoben wie diejenigen der reformbedürftigen Gemeinschaft. Immerhin aber formiert sich der Geleitzug neu – auf seinem Weg in die geplante Panamerikanische Freihandelszone.

Brasilien

Konjunktur-Samba

Brasilien ist der Gigant unter den Schwellenländern Lateinamerikas. Die Börse von São Paulo weist eine Marktkapitalisierung von rund 300 Mrd. \$ auf – mehr als alle europäischen Börsen zusammen. Anlagen im Wert von knapp 40 Mrd. \$ stammen aus dem Ausland. Das Wirtschaftswachstum ist zwar eher bescheiden – für das laufende Jahr werden 3 % erwartet –, aber es geht immerhin mit einer deutlich gebändigten Inflationsrate von unter 7 % einher. Zur Erinnerung: 1994 waren es noch fantastische 2500 %.

Neben der vorherrschenden Euphorie macht sich in jüngster Zeit zunehmend Skepsis breit. Der kleine Absturz im Gefolge der mexikanischen Peso-Krise ist noch nicht vergessen. Die aktuelle Schwäche einiger ostasiatischer Währungen sowie der tschechischen Krone könnte sich bis nach Lateinamerika hin auswirken.

Die Anfälligkeit ergibt sich nicht allein aus der Größe des Marktes, sondern auch aus den für Schwellenländer typischen

Schwächen: Die Leistungsbilanz ist passiv, die Staatsschulden sind hoch und werden durch die Verpflichtungen aus dem Schuldendienst spiralförmig höher getrieben. Die private Verschuldung ist ebenfalls an Grenzen gestoßen, so daß konjunkturstützende Impulse aus dem privaten Verbrauch mehr und mehr ausbleiben.

Der nicht auszuschließenden Gefahr eines Abzugs von ausländischem Anlagekapital steht derzeit eine konsequent betriebene Stabilitätspolitik gegenüber und die Zahl von 92 %, um die der Index der führenden Börsenwerte Bovespa allein im ersten Halbjahr 1997 zunahm: Samba!

Chile

Diversifizierung hat sich gelohnt

Die Weltmarktpreise für die wichtigsten chilenischen Exportgüter (Kupfer, Zellstoff, Agrarprodukte) schwanken immer noch, belasten aber die inländische Wirtschaft nicht mehr so stark wie früher. Die Diversifizierung der chilenischen Wirtschaft zahlt sich jetzt aus.

Als weitere Stütze der Wirtschaft des Landes erweist sich die Außenwirtschaftspolitik. Der Status als assoziiertes Mitglied des MERCOSUR gehört ebenso dazu wie die das jüngst unterzeichnete Freihandelsabkommen mit Kanada, dem ersten G7-Land, mit dem dieses gelang. Der geplante NAFTA-Beitritt liegt aufgrund amerikanischer Bedenken noch auf Eis. Kanada plant, selber auch assoziiertes Mitglied des MERCOSUR zu werden, was den inter-

amerikanischen Gütertausch von der Nord- bis zur Südspitze des Doppelkontinentes nur fördern kann.

Die Binnenkonjunktur ist stabil. Das wirtschaftliche Wachstum wird bei 7 bis 8 % erwartet. Die Arbeitslosigkeit sinkt auf voraussichtlich unter 6 %. Die Chancen im Bergbau und in der Landwirtschaft, aber auch im Dienstleistungssektor locken zunehmend ausländisches Kapital ins Land. 1997 waren es in den ersten vier Monaten bereits 1,9 Mrd. \$, über 20 % mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum.

Asien

ASEAN

Die Gemeinschaft ist 30 geworden

Bei der Gründung der auf eine nur lockere Verbindung angelegten Staatengruppe wurden dem »Unternehmen ASEAN« nur geringe Chancen eingeräumt. Die geographische Zerrissenheit der Region wirkte geradezu als emblematisch auf viele Beobachter. Locker ist die Verbindung geblieben, aber stabil. Die ASEAN der 9 repräsentieren heute mit fast 500 Millionen Menschen den drittgrößten Markt der Erde.

Die Gründungsmitglieder steuern auf die Vollendung der Asiatischen Freihandelszone (AFTA) zu, die von 1993 bis 2003 geschaffen werden soll, den jüngeren Mitgliedern werden längere Anpassungsfristen eingeräumt. Die Gruppe stellt schon heute ein

Gegengewicht zu China dar, und ist auch für ausländische Anleger zunehmend interessant geworden. Der politische Konsens beruht indessen überwiegend auf gemeinsamer Ablehnung von Einflußnahmen der G7-Staaten.

Die Entwicklungs- und Leistungsunterschiede von Land zu Land sind nicht zu übersehen. Unternehmen aus entwickelten Mitgliedstaaten wie Singapur verlagern zunehmend Standorte in weniger entwickelte wie Vietnam – aber eben, so wird das positiv gesehen, in andere Mitgliedstaaten. Die Region kann mithalten im globalen Wettbewerb mit anderen Freihandelszonen und Wirtschaftsgemeinschaften – auch ohne übernationale Einrichtungen oder politische Vereinigungsbestrebungen.

Die Risiken eines Verbundes ohne gemeinsame Führung zeigt die jüngste Währungskrise. In ihr wirken mehrere Entwicklungen zusammen. Das vielfach bestaute Wachstum ist zu großen Teilen mit Auslandskapital finanziert. Das macht abhängig und birgt das Risiko von verhängnisvollen Überreaktionen von Kapitalanlegern und Investoren. Die Währungen der wirtschaftlich verbundenen Länder können auch dann in einen Abwertungssog gerissen werden, wenn die Fundamentaldaten Abwertungen nicht rechtfertigen.

Die Dollaranbindung der beteiligten asiatischen Währungen (wie der Internationale Währungsfonds sie ja fordert) setzt sie zusätzlich dem Risiko massiver Spekulationen aus. Als wirtschaftliche Führungsmacht Asiens ist diesmal insbesondere Japan gefordert, für Stabilität und Schadensbegrenzung zu sorgen. Die

Erfahrungen dürften über die Rettungsaktion hinaus deshalb zu einer teilweisen Umgestaltung der Weltwährungsordnung führen, bei der dem Dollar einer weniger dominierende Rolle zugewiesen wird.

Afrika

SAFRI

Koordinierung und Kooperation

Die »Südliches Afrika Initiative der deutschen Wirtschaft (SAFRI)« dient dazu, die Bemühungen um eine bessere Zusammenarbeit mit der Südafrikanischen Entwicklungsgemeinschaft (SADC) zu bündeln und zu verstärken. In ihr arbeiten das Afrika-Forum und wichtige Wirtschaftsverbände zusammen wie der Bundesverband der Deutschen Industrie, der Bundesverband des Groß- und Außenhandels sowie der Deutsche Industrie- und Handelstag.

Die traditionell guten Beziehungen der deutschen Wirtschaft sollen nach dem Ende der politischen Isolierung Südafrikas weiter verbessert werden. Dazu dienen ein verbesserter Informationsaustausch, Veranstaltungen und Reisen zum besseren Kennenlernen und als erster Höhepunkt die Messe »Made in Germany«, die im Oktober in Johannesburg veranstaltet wird.

Europa

Spanien

Express nach Europa

Das Tempo, mit dem in Spanien Reformen durchgepaukt werden, und die Erfolge in wesentlichen Punkten des wirtschaftlichen Profils lassen erwarten, daß das Land zu den Gründungsmitgliedern der EWWU gehören wird.

Das Bruttoinlandsprodukt wächst real um 3 %, die Inflationsrate erreichte im Mai einen historischen Tiefstand von 1,5 % und wird im Jahresdurchschnitt bei 2,2 % erwartet. Das Haushaltsdefizit in Prozent des BIP wird kontinuierlich zurückgeführt auf voraussichtlich 3,2 % in diesem Jahr. Der Saldo der Leistungsbilanz ist seit 1995 aktiv (1997 werden 4,1 Mrd. \$ Überschuß erwartet). Die aufgelaufenen Staatsschulden allerdings (das zweite fiskalische Konvergenzkriterium neben dem Haushaltsdefizit) steigen weiter auf etwa 70 % des BIP in diesem und auch noch im nächsten Jahr.

Rußland

Schrumpfung abgeschlossen

Der kontinuierliche Rückgang der russischen Wirtschaftstätigkeit scheint weitgehend abgeschlossen zu sein. Nach einem Jahr auf der Talsohle wird für 1998 mit einer spürbaren Zunahme des

Bruttoinlandsproduktes gerechnet. Dennoch bleiben die Probleme groß.

Die Inflationsrate dürfte von 190 % im Jahr 1995 auf etwa 20 % in diesem Jahr gedrückt werden. Der Außenwert des Rubel ist inzwischen weitgehend stabil, wozu der Außenhandelsüberschuß von 18 Mrd. \$ beitragen dürfte. Als äußeres Zeichen des Stabilitätswillens wird der (neue) Rubel vom nächsten Jahr an drei Nullen weniger haben als bisher.

Der Umbau der heimischen Wirtschaft krankt an den geringen Privatisierungsfortschritten. Die Umstrukturierung im primären Sektor zeigt Erfolge. Die Exporte von Rohöl und Erdgas tragen erheblich zum Exportüberschuß bei, verarbeitete Produkte dagegen fehlen fast noch ganz.

Weiterhin unzureichend sind die öffentlichen Einnahmen. Die Folgen des Unterschreitens der ohnehin bescheidenen Planansätze spüren die Gläubiger, vor allem die Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst und in der weiteren Folge (durch negative Akzeleration) die Konsumgüterbereiche durch Nachfrageausfälle.

Ausländische Investoren beklagen weniger die Rahmenbedingungen (die ja auch vorher bekannt waren) als kriminelle Übergriffe, Korruption und vor allem bürokratische Machenschaften. Der ehemals allmächtige Arm der Moskauer Staatsführung scheint nicht mehr weit zu reichen mit der Folge, daß aus den Provinzen immer wieder von sonderbaren Behinderungen und Machtspielen berichtet wird. Entsprechend gering ist der Bestand an ausländischen Direktinvestitionen mit nur 8 Mrd. \$.

Deutschland ist der zweitgrößte Außenhandelspartner Rußlands nach der Ukraine. Wesentliche Stütze der Importe aus

Deutschland ist die Nachfrage nach Investitionsgütern, die allerdings durch spürbaren Kapitalmangel gebremst wird.

Erstdruck in: Außenwirtschaftsbrief 5/97. Informationen für das erfolgreiche Auslandsgeschäft. Für den Inhalt verantwortlich: Günther Flemming. Köln, Oktober 1997: Deutscher Wirtschaftsdienst.